

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, BRÜGGENER WEG 4, 41366 SCHWALMTAL

An den  
Bürgermeister  
Herr Michael Pesch  
Markt 20  
41366 Schwalmatal

Per Mail

**Antrag an den Rat der Gemeinde Schwalmatal  
Einrichtung einer halben Verwaltungsstelle  
für die aufsuchende Verwaltungsarbeit**

**RATSFRAKTION SCHWALMTAL**

**Jürgen Heinen**  
Fraktionsvorsitzender

**Paul Lentzen**  
Geschäftsführer

Brüggener Weg 4  
41366 Schwalmatal

gruene-in-schwalmtal@t-online.de  
www.gruene-schwalmtal.de

Schwalmtal, 21.01.2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Gemeinde Schwalmatal bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der 16. Sitzung des Rates am 22.02.2017 zu setzen:

**Der Rat der Gemeinde Schwalmatal möge Folgendes beschließen:**

1. In Schwalmatal wird, befristet auf zunächst 2 Jahre, eine halbe Verwaltungsstelle mit dem Schwerpunkt „aufsuchende Verwaltungsarbeit“ eingerichtet.
2. Nach einem Jahr wird ein Zwischenbericht erstellt, der u.a. die zurückliegende Arbeit sowohl bzgl. der Akzeptanz, als auch der inhaltlichen Anforderungen und der spezifischen Probleme der Anfordernden beleuchtet.

**Begründung:**

Rats- und Ausschusstexte sind ebenso wie gesetzliche Regelungen und behördliche Formulare für Teile der Bevölkerung nur schwer verständlich. Mit dieser Problematik hat sich der Rat bereits beschäftigt (z.B. Ratssitzung am 24.03.2015).

Mit Hilfe einer solchen „aufsuchenden Verwaltungsarbeit“ lässt sich unserer Ansicht nach die Kluft zwischen der ansässigen Bevölkerung und der zuständigen Verwaltung verringern.

So sind sozial benachteiligte Menschen von dem Problem der gefühlten Ohnmacht und Ausgrenzung besonders betroffen – oftmals auch, weil der Gang zum entsprechenden Amt sie beschämt.<sup>1</sup> Besonders

---

<sup>1</sup> Vgl. die „Dokumentation des Workshops mit von Armut Betroffenen im Rahmen des Fünften Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung (5. ARB)“, Berlin 07. Oktober 2015. [http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/dokumentation-workshop-von-armut-betroffenen.pdf?\\_\\_blob=publication-File&v=2](http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/dokumentation-workshop-von-armut-betroffenen.pdf?__blob=publication-File&v=2); zuletzt abgerufen am 09.01.2017.

in schwierigen, die Existenz bedrohenden Lebenslagen sind unsere Mitmenschen jedoch einerseits verstärkt auf die Unterstützung der Verwaltung angewiesen. Andererseits wird in ebendiesen Notsituationen die Arbeit der Verwaltung als vergleichsweise wenig hilfreich wahrgenommen.<sup>2</sup>

Im Zuge des demographischen Wandels betrifft dieses Problem auch vermehrt ältere Menschen, die auch aus körperlichen Gründen die Verwaltung kaum mehr aufsuchen können. Da im Wohnumfeld in der Regel alle notwendigen Unterlagen verwahrt werden, können so auch wiederholte Behördengänge vermieden werden.

Zugleich sind auch Kinder und Jugendliche von der Problemlage der als schwierig empfundenen Kommunikation zwischen Eltern/Erziehungsberechtigten und der Verwaltung betroffen: Aufgrund der als kompliziert wahrgenommenen Regelungen zur Beantragung werden etwa viele Ansprüche aus dem BuT-Paket nicht abgerufen.<sup>3</sup> Eine von der Verwaltung zentral unterstützte und erklärte Antragstellung in diesem Bereich kann zudem den bürokratischen Aufwand von Schulen und Kindergärten verringern.

Die Zunahme rechtspopulistischer und nationalistischer Meinungsäußerungen in den letzten Monaten ist auch Ausdruck dafür, dass viele Menschen sich nicht mehr durch das vertreten fühlen, was sie als „das System“ ansehen – etwa die Gemengelage innerhalb der Politik, als solche empfundenen Eliten sowie die Verwaltung selbst. Unsererseits müssen daher massive Anstrengungen unternommen werden, diese Kluft innerhalb der Gesellschaft wieder zu schließen. Dadurch kann im besten Fall zudem erreicht werden, dass der Anteil von Nicht- und Protestwählern abnimmt.

Nach unserer Kenntnis ist die Stelle einer „aufsuchenden Verwaltungskraft“ noch wenig praktizierte Realität. Daher beantragen wir zunächst die zeitliche Befristung sowie eine Berichtspflicht über deren Akzeptanz und Effektivität.

Die aufsuchende Verwaltungskraft erfüllt Aufgaben, die nicht zusätzlich anfallen. Daher sollte sie bzgl. des Stellenschlüssels und der entstehenden Kosten (Ausnahme Notebook und Fahrtkosten) neutral sein.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Heinen  
Fraktionsvorsitzender

---

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt 2015: Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland mit behördlichen Dienstleistungen. [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2015/zufriedenheitsbefragung/Pressebrochure\\_zufriedenheitsbefragung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2015/zufriedenheitsbefragung/Pressebrochure_zufriedenheitsbefragung.pdf?__blob=publicationFile); zuletzt abgerufen am 09.01.2017.

<sup>3</sup> Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e.V. und Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg 2016: Inanspruchnahme und Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe. [https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Meldungen/2016/evaluation-des-bildungspaketes-kurzbericht.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Meldungen/2016/evaluation-des-bildungspaketes-kurzbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=1); zuletzt abgerufen am 09.01.2017.